
VDV-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz von Betreibern kritischer Anlagen

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Branchenverband des Öffentlichen Personen- und Schienengüterverkehrs mit rund 640 Mitgliedsunternehmen und ihren rund 450.000 Beschäftigten, begrüßt die oben genannte Gesetzesinitiative. Es ist auch aus unserer Sicht wichtig, essenzielle Infrastrukturanlagen unter einen besonderen Schutz des Staates zu stellen und deren Resilienz unter dem Gesichtspunkt der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Wirtschaft sowie der Versorgungssicherheit der Bevölkerung abzusichern.

Gleichwohl sehen wir in dem vorgeschlagenen Gesetzentwurf noch an einigen Punkten Änderungsbedarf. Hierbei erlauben wir uns, die Stellungnahme auf wenige wesentliche Fragen zu beschränken. Diese betreffen die nachfolgenden Punkte:

1. Zu § 6 Abs. 6 KRITIS-DachG (Registrierung und Geltungszeitpunkt)

Nach § 6 Abs. 6 KRITIS-Dach-Entwurf sind die Verpflichtungen nach § 9 neun Monate und die Verpflichtungen nach den §§ 10 bis 12 erstmals zehn Monate nach der Registrierung des Betreibers kritischer Anlagen zu erfüllen. Gegen diese Regelungen bestehen aus unserer Sicht aus drei Gründen bedenken.

Erstens bedeutet die Kombination der Verpflichtung, zunächst binnen neun Monaten nach der Registrierung, eine Risikoanalyse und Risikobewertung durchzuführen, und gleichzeitig nach zehn Monaten Resilienzmaßnahmen zu treffen, dass vom Ablauf der Risikoanalyse und Risikobewertungs-Frist bis zum Ablauf der Resilienzmaßnahmen-Frist lediglich ein Zeitraum von einem Monat (10 Monate minus 9 Monate) verbleibt. Sollen Resilienzmaßnahmen ernsthaft und sinnvoll sein, müssen sie auf der Risikoanalyse und Risikobewertung beruhen. Die Maßnahmen können daher – zumindest in wesentlichen Teilen – erst im Anschluss an das Ergebnis der Risikoanalyse und Risikobewertung erfolgen.

Zweitens ist die Regelung des § 6 Abs. 6 KRITIS-DachG auch systematisch an dieser Stelle verfehlt. Denn zum einen bedeutet diese Regelung eine Verweisung auf später folgende Paragraphen, zum anderen gehört die Regelung der Fristen auch inhaltlich zu den §§ 9 ff. KRITIS-DachG.

Drittens ist die 10-Monatsfrist des § 6 Abs. 6 KRITIS-DachG für die Verpflichtungen nach § 10 KRITIS-DachG bereits in § 10 Abs. 1 KRITIS-DachG aufgeführt.

Daher regen wir an, § 6 Abs. 6 KRITIS-DachG ersatzlos zu streichen und die Fristen, soweit nicht bereits dort vorhanden, in den §§ 9 ff. KRITIS-DachG zu regeln.

2. Zu § 9 KRITIS-DachG (Risikoanalysen und Risikobewertungen der Betreiber kritischer Anlagen)

Als Folgeänderung zu unserem Petition hinsichtlich der Streichung des § 6 Abs. 6 KRITIS-DachG schlagen wir bei § 9 vor, die zuvor in § 6 Abs. 6 KRITIS-DachG geregelte Frist bezüglich der Risikoanalyse und Risikobewertung in einem neuen § 9 Abs. 2 KRITIS-DachG einzufügen. Diese Regelung könnte dann – ohne inhaltliche Änderung – wie folgt lauten:

„Die Verpflichtungen nach § 9 Abs. 1 KRITIS-DachG greifen erstmals neun Monate nach der Registrierung des Betreibers kritischer Anlagen.“

Als weitere Folgeänderung wäre § 9 Abs. 2 KRITIS-DachG als neuer § 9 Abs. 3 KRITIS-DachG aufzuführen.

3. Zu § 10 Abs. 1 KRITIS-DachG (Resilienzmaßnahmen der Betreiber kritischer Anlagen; Resilienzplan)

Hinsichtlich des § 10 Abs. 1 KRITIS-DachG sehen wir zwei Änderungsnotwendigkeiten.

Der erste Punkt betrifft das bereits zu § 6 Abs. 6 KRITIS-DachG aufgeführte Problem, dass sich die Fristberechnung sowohl der Risikoanalyse und Risikobewertung als auch der Resilienzmaßnahmen auf die Registrierung bezieht. Hier halten wir es für notwendig, die Fristberechnung der Resilienzmaßnahmen auf den Abschluss der Risikoanalyse und Risikobewertung zu beziehen.

Der zweite Punkt hat zum Gegenstand, dass sich die Einschränkung hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit nur auf das „wie“ und nicht auf das „ob“ bezieht. Dies bedeutet, dass hiernach auch Resilienzmaßnahmen gefordert werden, wenn diese völlig unverhältnismäßig sind, es jedoch keine alternativen, milderer Maßnahmen gibt. Dies kann dazu führen, dass Anlagenbetreiber ihre Anlage gänzlich stilllegen, weil die geforderten Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sinnlosigkeit führen. Im Sinne einer resilienten und unabhängigen Wirtschaft wäre dies jedoch das schlechteste Ergebnis.

Daher schlagen wir vor, die Regelung des § 10 Abs. 1 Satz 1, erster Halbsatz wie folgt zu formulieren:

„Betreiber kritischer Anlagen sind nach Ablauf von 10 Monaten nach [Fristablauf der Risikoanalyse und Risikobewertung](#) ~~Registrierung~~-verpflichtet, geeignete und verhältnismäßige technische, sicherheitsbezogene und organisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Resilienz zu treffen, die [wirtschaftlich vertretbar und für die Resilienz](#) erforderlich sind, um [...]“

4. Zu § 14 Abs. 2 KRITIS-DachG (Billigungs-, Überwachungs-, und Schulungspflicht für Geschäftsleiter für Betreiber kritischer Anlagen)

In § 14 Abs. 2 KRITIS-DachG wird hinsichtlich der Schulungspflicht auf die „Geschäftsleiter“ von Betreibern kritischer Anlagen abgestellt. Wir halten diese Bezugnahme für unglücklich und regen an, die Bezugnahme auf die „für die Sicherheit und Resilienz zuständige Person“ zu beziehen.

Abschlussbemerkung

Abschließend geben wir zu bedenken, dass die Anforderungen an die Sicherheit der Eisenbahnen sowie von Straßen- und U-Bahnen von jeher außerordentlich hoch sind. Für Verkehrsunternehmen, die bereits aus Gründen der betrieblichen Sicherheit durch andere rechtliche Vorgaben z. B. aus der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) oder der Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen (BOStrab) entsprechend verpflichtet sind, muss es ermöglicht werden, auf diesen bereits erbrachten Aufwand im Rahmen der Erfüllung der Anforderungen des KRITIS-DachG minimierend zurückzugreifen.

Der VDV steht für Fragen und Diskussionen gerne bereit und bietet für das weitere Gesetzgebungsverfahren seine Unterstützung an.